

## Fadegrad

## Das Ausgaben-Fass ist am überlaufen



VON  
NINA FEHR DÜSEL

Das vorgestellte Budget 2014 der Stadt Zürich übertrifft leider unsere schlimmsten Erwartungen. Das strukturelle Defizit beträgt sage und schreibe 214 Mio Franken. Dies obwohl sich die Steuereinnahmen auf einem Rekordhoch befanden. Einmal mehr wird selbst anderen politischen Ausrichtungen klar, dass der ideologisch motivierte Umbau dieser Stadt derart nicht weitergeführt werden kann. Die Zeit von überbeurteilten Luxusbauten und subventionierten, schlecht besuchten Kulturveranstaltungen ist vorbei. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat und der teure Verkehrsbau der Stadt sind angesichts der Finanzlage definitiv nicht mehr vertretbar.

Im Kulturbereich wird zu viel Geld für unnötige und absurde Projekte ausgegeben. Irrläufer wie der Hafenkran, das Anpflanzen von Grünpflanzen auf Verkehrsinseln bzw. ein Velo-Verbot in einer Velo-Verbotzone gibt es unzählige. Auch im Sozialwesen könnte viel Geld gespart werden, wenn der Versicherungsmissbrauch und Betrug stärker geahndet würde. Bei Sozialhilfebezügen werden nach wie vor zu wenige Kontrollen vorgenommen, was ich aus eigener Berufserfahrung bezeugen kann. Auch hier gilt es die richtigen Anreize zu setzen, damit nicht der ehrliche Bürger die Negativauswirkungen mit nochmals erhöhten Versicherungsprämien zu tragen hat.

Umgekehrt werden Gewerbetreibende und KMU mit einem regelrechten Bewilligungsparcours überfordert. Wenn ein Kleingewerbe in der Stadt bloss eine Pflanze oder Gartenbank vor dem Geschäftseingang platzieren möchte, stehen hierfür unzählige Formulare und Gebühren bereit. Doppelspurigkeiten müssen verhindert und ein pragmatisches Verfahren geschaffen werden! Denn die hohe Gebührenlast vertreibt die Gewerbetreibenden und somit auch die Kaufkraft aus der Stadt.

Auch die Tendenz zu Luxuslösungen und Perfektion im Tief- und Hochbau ist angesichts der Finanzlage nicht mehr zeitgemäss. Im Bildungswesen, beim Bau von Schulhäusern, sollte wieder weniger auf die Hülle als auf den Inhalt gesetzt werden. Die Volksschule und unser weltweit als Vorbild dienendes und bewährtes duales Bildungssystem ist wieder auf den realen Arbeitsmarkt auszurichten, anstatt auf ein sinnfremdes, überbeurteiltes und weltfremdes Reformpaket.

Wir fordern klar die Rückweisung des vorgelegten Budgets und ein Umdenken auf der Ausgabenseite. Als Fazit lässt sich nur positiv daraus ziehen, dass wir durch das drastische Defizitbudget der rot-grünen Regierung definitiv Rückenwind erhalten werden.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Von schulischen Fördermassnahmen und falschen Diagnostiken

In der letzten Gemeinderatssitzung setzten sich die Parlamentarier mit dem Schwerpunktthema Schule auseinander. Denn heute nehmen über 50 Prozent der Kinder an sonderpädagogischen Massnahmen teil.



ROBERTO  
BERTOZZI  
GEMEINDERAT

Der Gemeinderat soll Massnahmen gegen die Kostensteigerung im Bereich der sonderpädagogischen Förderung in der Volksschule ergreifen. Dies forderten die Postulanten der FDP. Zudem wollten sie, dass die Sonderschulmassnahmen auf ihre Effektivität hin geprüft werden und dass die betroffenen Schüler vermehrt in Gruppen, anstatt im Einzelunterricht, gefördert werden. So sollen auch die Sozialkompetenzen im Umgang mit anderen Kindern in der Gruppe geschult werden können. Als ehemaliger Schulpfleger habe ich einen vertieften Einblick in den Schulbetrieb erhalten. Ich habe gesehen, wie Kinder pathologisiert werden, weil die Fachpersonen ihre Persönlichkeit nicht richtig erfassen können. Überall ist in der Schule zwar von individueller Förderung und von Talenten und Begabungen die Rede. Umgesetzt wird aber mangels geeigneter Diagnostik wenig. Fragt man sich, ob bei diesen «Fachleuten» Einsicht über ihre Mängel bestehe, so liegt man weit daneben. Deshalb ist eine politische Intervention von aussen unumgänglich.

## Zuverlässige Diagnostik

Eine zuverlässige Diagnostik sollte Voraussetzung für jede Fördermassnahme sein. Das ist aber heute nicht der Fall. Es genügt nicht, dass die Schwächen der Kinder im schulischen Umfeld anhand von beobachtbaren Leistungen erhoben werden. Diese Leistungen müssen anschliessend in ein Gesamtbild gebracht werden können. Nur so können die richtigen Massnahmen ergriffen werden. Dafür

muss aber die Gesamtpersönlichkeit des Kindes richtig erfasst werden können. In diesem Bereich sind weder die Lehrpersonen noch die involvierten Psychologen und Psychiater richtig ausgebildet. Die erstgenannten sind dafür gar nicht ausgebildet und die letztgenannten stützen ihre Diagnostik auf ein überholtes sozialistisches Weltbild, dem Behaviorismus, welches nach wie vor von der Gleichheit aller Menschen ausgeht. Diese Theorie ist bis heute nicht wissenschaftlich bewiesen, obwohl sie aus dem universitären Umfeld stammt und sie Wissenschaftlichkeit suggeriert.

An den Schulkindern wird durch diese «Fachpersonen» herumtherapiert mit dem Ziel, die Kinder möglichst in den schulischen Leistungen gleich zu machen. Anstatt die Kinder in ihren Stärken zu fördern, plagen sie sie lieber mit unnötigen Massnahmen, die teilweise wenig oder gar nichts nützen. Bringen die Massnahmen wider Erwarten nichts, so liegt es nach der Auffassung der Fachpersonen nicht an der angeordneten Massnahme, sondern am Kind. Also muss noch mehr therapiert werden. Daraus ergibt sich eine Abwärtsspirale, die nicht nur dem Kind, sondern auch den städtischen Finanzen schadet. Talente und Begabungen der Kinder müssen zuverlässig erfasst werden. Diese können anschliessend in ihren Stärken und in einer Regelklasse gefördert werden. Die Schwächen werden besser verstanden und gezielter ausgeglichen. Schulische Fördermassnahmen müssen so durchgeführt werden, dass nicht mehr herumtherapiert wird.

Das führt zu einer Kostensenkung. Die Schule wird wieder Schule und ist nicht wie aktuell eine Therapiestätte. Denn heute nehmen über 50 Prozent der Kinder an sonderpädagogischen Massnahmen teil.

## ENTLASTUNG DER ROSENGARTENSTRASSE

## Das Projekt Rosengartentunnel ist im Grundsatz richtig

Die Rosengartenstrasse im Stadtzürcher Quartier Wipkingen ist mit heute rund 56 000 Fahrzeugen pro Tag eine der meistbefahrenen, oberirdischen Strassen innerhalb einer Stadt – und dies europaweit.



MAURO TUENA  
FRAKTIONSCHIEF SVP  
ZÜRICH 4/5

Seit Jahrzehnten sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Rosengartenstrasse entsprechend starken Belastungen ausgesetzt. Die SVP der Stadt Zürich forderte seit Jahren und mit Vehemenz den Bau einer unterirdischen Tunnelführung des motorisierten Individualverkehrs an besagter Stelle. Nur so ist eine Entlastung aller Beteiligten gewährleistet.

## Durchlässigkeit muss gewährleistet sein

Die SVP der Stadt Zürich begrüsst im Grundsatz das gemeinsame Vorhaben von Kanton und Stadt Zürich, das Projekt Rosengartentunnel zügig voranzutreiben und zu verwirklichen. Für die SVP ist allerdings unabdingbar, dass zu jedem Zeitpunkt der Bauphasen sowie nachher bei der Inbetrieb-

nahme je die Durchlässigkeit von rund 56 000 Fahrzeugen pro Tag gewährleistet ist und bleibt. Hierzu ist die angedachte je doppelspurige Variante des Tunnels in beide Richtungen die richtige Massnahme.

## Tram erst nach Eröffnung des Tunnels

Die hohen Kosten sowie die Notwendigkeit für ein Rosengartentram stellt die SVP grundsätzlich in Frage. Die SVP der Stadt Zürich ist zudem dezidiert der Meinung, dass die allfällige Realisierung eines Rosengartentrams erst nach Eröffnung des Tunnels in Angriff genommen werden kann. Gleichzeitig bedauert die SVP, dass das ursprüngliche Projekt Waidhalde-tunnel mit allenfalls zusätzlichem direktem Tunnelanschluss an die Autobahn A1 bei Altstetten im jetzt vorliegenden Projekt nicht enthalten ist. Dies wäre verkehrspolitisch die beste Lösung für die Stadt Zürich. Entsprechend wird die SVP dieses Teilprojekt weiter vorantreiben.

print-ad kretz gmbh  
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79  
inserate@zuercher-bote.ch

## LESERBRIEF

## Die SGB-Demo

Am 21. September folgten mehrere Tausend Mitglieder dem Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zu einer Demo in Bern. Sie demonstrierten gegen Lohndumping und Rentenklau. Solche Demos sind verständlich, denn Gewerkschaftsfunktionäre leben von den Beiträgen ihrer Mitglieder. Folglich müssen sie permanent lamentieren und immer neue Forderungen aufstellen. Sonst wären sie für ihre Mitglieder nicht mehr attraktiv. Es käme zu Austritten und damit zu finanzielle Einbussen.

Fakt ist zwar, dass die Schweiz bezüglich Lohnniveau und Lebensstandard einen Spitzenplatz einnimmt, was die Gewerkschaften natürlich nicht

zur Kenntnis nehmen wollen. Sie könnten aber das Problem des von ihnen herbeigeredeten Lohndumpings in Eigenregie lösen: Indem sie ihr geballtes Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge nutzen und eigene Firmen gründen. Natürlich nur solche, in denen Spitzenlöhne und alle von ihnen geforderten sozialen Errungenschaften selbstverständlich sind.

Und die dank topmotivierten Mitarbeitern erzielten Riesengewinne? Die würden dazu führen, dass die Gewerkschaften nicht nur ewig fordern, sondern zum Nutzen aller selber auch kräftig Steuern zahlen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

## Veranstaltung mit SVP Nationalrat Hans Fehr



Dienstag 5. Nov 2013  
um 19.00 Uhr

Die SVP Zürich Kreis 7+8 lädt Sie herzlich zur Veranstaltung mit Nationalrat Hans Fehr ein.

Ort: Restaurant Elefant

Adresse: Witikonstr. 279, 8053 Zürich

Zeit: 19.00 Uhr

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Vorstand SVP Kreispartei 7+8



Staatskontrolle

Unterschriftenbogen bestellen:  
Tel. 044 217 77 66 / sekretariat@svp-zuerich.ch

Jetzt unterschreiben!  
www.privatsphaere-schuetzen.ch

Volksinitiative  
«Ja zum Schutz der Privatsphäre»